

gesund & sozial

Ausbildung in der Pflege

**Perspektiven für eine dringend
notwendige Ausbildungsreform**

*Mit einer
modernen
Berufsausbildung
für den gehobenen
Dienst in der Gesund-
heits- und Krankenpflege
kann man den Mangel
an gut ausgebildeten
Pflegerpersonen
entgegen-
wirken.*

Seite 4

Foto: KAV – Lisa Lux

MAB-Gesetz: Jetzt ist es da!!! – Naja

Positiv zu erwähnen ist, dass Bundesminister Alois Stöger und sein Team unserer langjährigen Forderung nachgekommen sind und die 50 Jahre alte Ausbildung der diplomierten med.-techn. Fachkräfte und der Sanitätshilfsdienste in Angriff genommen haben. Leider spiegelt der Gesetzesentwurf nicht die Wünsche und Notwendigkeiten, welche die verschiedenen Berufsgruppen zur effizienten Berufsausübung benötigen, wider. Erklärbar ist diese Situation dadurch, dass das Ministerium natürlich das 50 Jahre alte Gesetz verbessert und novelliert hat, aber es trotzdem dem heutigen Stand (Gegebenheiten am Arbeitsplatz) nicht entspricht. Das Gesetz sieht zum Beispiel keinen mitverantwortlichen Tätigkeitsbereich für die Berufsgruppen vor. Das heißt, dass keine Tätigkeit ohne Aufsicht (Arzt, MTD, Pflege) durchgeführt werden darf. Selbstverständlich können viele Tätigkeiten nur unter Aufsicht durchgeführt werden, aber ist es notwendig, dass die Angehörigen der Berufsgruppen beim Vorbereiten der Räumlichkeiten, der Aufbereitung und Desinfektion von Geräten und Instrumenten oder beim Organisieren und Verwalten der erforderlichen Materialien beaufsichtigt werden? Ich bin schon gespannt, ob ein/e Operateur/in neben dem/der Operationsassistenten/in steht, wenn dieser/e eine Flächendesinfektion an einem Gerät durchführt. Selbstverständlich haben wir für alle Berufsgruppen einen mitverantwortlichen Tätigkeitsbereich, Arzt oder Ärztin ordnet an und der Angehörige der medizinischen Assistenzberufe führt durch, eingefordert. Seitens des Ministeriums wurde unter anderem der Desinfektionsgehilfe/gehilfin gestrichen, d.h. nicht ins MAB übernommen. Wir fordern ein Weiterbestehen dieser Berufsgruppe unter der neuen Bezeichnung „Sterilisations- und Desinfektionsassistent/in“. Neu geschaffen wurde die Gipsassistentin. Zur Ausbildung ist zu sagen, dass die mindest Stundenanzahl von 660 bis 1.360 reicht.

Für uns in manchen Bereichen zu wenig und von der Aufteilung her zuviel Praxis (billige Arbeitskraft) und zu wenig Theorie. Gleichzeitig fordern wir die Möglichkeit der Fort- und Weiterbildung für unsere Berufskollegen ein. **Nun zur Einarbeitung der diplomierten med.-techn. Fachkraft:** Leider ist dieses Vorhaben zur Gänze misslungen. Aus dem in drei Sparten ausgebildeten Fachdienst wurde im MAB jeweils eine einspartig ausgebildete Hilfskraft, die Laborassistentin, die Rehabilitationsassistentin und die Röntgenassistentin. Bei allen drei Bereichen wurde der Tätigkeitsbereich nicht den heutigen Begebenheiten angepasst und somit fehlen einige wichtige Inhalte, welche seit Jahren von MTF's, wie z.B. die Tätigkeit im CT oder MR oder die gesamte Massage, durchgeführt werden. Auch wenn einige Tätigkeiten umstritten sind und vom Berufsbild aus dem Jahre 1961 nicht umfasst sind, wird es von den dort seit Jahren Tätigen nicht verstanden, dass sie plötzlich ihren Arbeitsplatz verlieren. Deshalb fordern wir die Aufnahme dieser

Karl Preterebner
Bundessekretär der
ÖGB/ARGE-FGV für
Gesundheits- und
Sozialberufe
Chefredakteur



Tätigkeiten in das MAB – Gesetz. Sollte unseren Wünschen nicht entsprochen werden, sind wir für die parallele Beibehaltung des MTF-Gesetzes. Mit den Übergangsbestimmungen wird das Auslaufen der nicht mehr im MAB-Gesetz geregelten Berufe normiert, aber diese verlieren ihre Berufsberechtigung nicht.

Zum Artikel aus Heft 1/2011 „Nicht pflegeleicht“

Meine Kollegen von der vida haben mir mitgeteilt, dass Anfragen und Beschwerden zur Ausbildung der Heimhilfen aufgrund des von mir verfassten Artikel im letzten Heft laut werden. Natürlich beziehen sich die von mir genannten 140 Stunden nicht auf die gesamte Heimhilfenausbildung, sondern nur auf den Teil der im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz verankerten Basisversorgung. Außerdem gelten die von mir genannten 7 € nicht auf die durch Kollektivvertrag geregelten Arbeitnehmer, sondern auf die selbstständig Tätigen in diesem Bereich. ■

Wir gratulieren

Prof. Dr. Günter Flemmich zum 60. Geburtstag

Günter Flemmich wurde am 10. 6. 1951 in Wien geboren. 1988 trat er in die AK ein und mutierte dort nach anfängliche Gehversuchen im SV Recht zum Gesundheitsexperten, der neben seiner jahrelangen Lehrtätigkeit an der Akademie für Sozialarbeiter, FH und Akademie für Gesundheitsberufe zahlreiche einschlägige Schriften und Bücher verfasst, in vielen Expertengruppen mitgewirkt und zahlreiche Projekte mitentwickelt hat.



1990 gründete er die Zeitschrift Gesundheit und Soziales Info und 1992 die Gesundheitsgespräche, welche er seit dieser Zeit leitet und wurde schließlich juristischer Berater der ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe im ÖGB und dem Fachausschuss Gesundheit der Arbeiterkammer Wien. Wir, die ÖGB/ARGE-FGV, wünschen Günter Flemmich Gesundheit und noch viele aktive Jahre in unserer Mitte.

INHALT



Coverstory	Ausbildung in der Pflege Eine Ausbildungsreform ist dringend notwendig	4
GÖD	Mehr Geld für Pflege auf Schiene Der Bund schießt finanzielle Mittel zu	7
GPZ djp	Persönliche Assistenz Forderung für Recht auf gute Arbeitsbedingungen	8
vida	Treffsicher daneben Politik setzt falsche Prioritäten	9
GL	Gesundheit fördert Arbeit Arbeit darf nicht krank machen!	10
Ö	Spitalsreform in Oberösterreich Arbeitsbelastungen werden steigen	11
Ö	Österreich ist gut vorbereitet Anti-Lohn-Dumping Gesetz wurde beschlossen	12
Ö	Wir sind komplett ARGE-FGV Kärnten schließt den Reigen	13
Jugend	„Weltmeisterschule“ beim Marathon GuKPS Wilhelminenspital läuft für die Gesundheit	14
Service	Büchertipps & Termine	15

Impressum

Herausgeber und Verleger: ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Str. 11, 1090 Wien • **Chefredakteur:** Karl Preterebner, T: 01/313 16-836 63, E: karl.preterebner@gdg-kmsfb.at • **Redaktionsadresse:** ÖGB/ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe, Maria-Theresien-Straße 11, 1090 Wien • **Verlags- und Herstellungsort:** Wien. ZVR-Nummer: 576439352 • **Redaktion/Layout/Grafik:** Agentur Steinschütz-Winter, 3420 Kritzensdorf, Hauptstraße 178, T: 02242-28 926, E: agentur@steinschuetz.at • **Anzeigen/Marketing:** Fritz Schmalldienst, T: 0664-85 39 721, M: ufritz@aon.at; Gerhard Steinschütz, T: 0650-28 926 00, M: gerhard@steinschuetz.at

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Fotonachweise: Alle Bilder, die nicht extra gekennzeichnet wurden von den Autoren bzw. der ÖGB-ARGE-FGV zur Verfügung gestellt.

Josef Zellhofer
Bundesvorsitzender
der ÖGB/ARGE-FGV
für Gesundheits- und
Sozialberufe



„Ein Meilenstein der Gesundheitsberufe ist fast erreicht!“

Eine langjährige Forderung der Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe wurde Wirklichkeit! Mit 1. Jänner 2012 sollen neben den Ärzten auch Kollegen und Kolleginnen der Pflege die Pflegeeinstufung von Patienten vornehmen können. Für diese mutige und Weichen stellende Entscheidung möchte ich dem Gesundheitsminister Rudi Hundstorfer herzlich danken. Damit wird endlich sichergestellt, dass die Pflegeperson die Möglichkeit hat den tatsächlichen Pflegebedarf zu entscheiden. Damit kann in vielen Fällen eine menschwürdigere Situation hergestellt werden, sowohl für den Patienten als auch für die Pflege. Darüber hinaus stellt dieser Meilenstein eine gesetzlich verankerte Wertschätzung, Anerkennung und Aufwertung unsers Berufsstandes dar. Um die neue Verantwortung leben zu können, wird es natürliche entsprechende Schulungsmaßnahmen geben. Ein weitere unserer Forderungen ist das neue Gesetz für Medizinische Assistenz Berufe. Die Begutachtung des neuen MAB-Gesetzes ist nun abgeschlossen und wir treten in die Phase der Abschlussverhandlungen zwischen dem Bundesministerium für Gesundheit und den gesetzlichen Interessenvertretern der betroffenen Kollegen und Kolleginnen ein. Hierbei liegt unser Augenmerk nicht nur auf einem zeitgemäßen Gesetz für die Berufsgruppe MTF, sondern auch der Aufwertung aller anderen Sanitätshilfsdienste. Herzliche gratuliere ich dem einstimmig wiedergewählten Vorsitzenden der GÖD Sektion 9, Herrn Direktor Johann Hable und freue mich auch weiterhin auf die wertschätzende und zielorientierte Zusammenarbeit. Auf diesem Weg möchte ich auch meinem Freund Prof. Dr. Günter Flemmich herzlich gratulieren, der vor wenigen Tagen seinen 60. Geburtstag gefeiert hat. Ich wünsche dir alles Gute und was in unserem Beruf das Wichtigste ist, Gesundheit! Ich freu mich noch auf viele Jahre der konstruktiven und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Ihnen liebe Kollegen und Kolleginnen wünsche ich einen schönen Sommerbeginn und einen erholsamen Urlaub im Kreise ihrer Familie und Freunden

Ihr

Pflegeausbildung

Karl Preterebner

Viele Studien zur Motivforschung in der Gesundheits- und Krankenpflege ergeben, dass die Gesundheitsberufe in Österreich als unentbehrlich, verantwortungsvoll und zukunftssicher gelten. Das Ansehen dieser Berufe muss aus zwei Seiten betrachtet werden, erstens aus der Sicht der Patienten und zweitens aus der Sicht der Jugendlichen, die auf der Suche nach einer Ausbildung sind.

Betrachtet man die Gesundheitsberufe aus der Sicht der Patienten, ist das Ansehen ein sehr hohes, ähnlich dem der Ärzte und Ärztinnen. Bei der Jobsuche besteht weder bei Frauen noch bei Männern ein großer Wunsch, einen Pflegeberuf zu erlernen.

Die Gründe sind altbekannt, gesellschaftsfeindliche Arbeitszeiten, berufsfremde Tätigkeiten und viele mehr. Oft wird die Pflegeperson als „Arzthilfe“ und als Bedienstete der Patienten gesehen.

Forderungen nach angemessener Entlohnung

Fakt ist, dass zuwenig Menschen die Pflegeausbildung in Anspruch nehmen und auch der Gehalt ist hier nicht wirklich eine Motivation, diese zu wählen. Sobald die Forderungen nach einer angemessenen Entlohnung laut werden wird sofort der Begriff Kostenexplosion in den Mund genommen. Auch die Ausbildungslandschaft im Bereich der Gesundheitsberufe ist schwer durchschaubar und die Ideen Berufe zu schaffen, welche wenig Ausbildungszeit brauchen aber gleichzeitig einen großen Tätigkeitsbereich abdecken, sind sehr kreativ. Leidtragende sind leider die Berufskollegen/innen, da die Entlohnung von der Ausbildung abhängig ist und nicht vom Aufgabenbereich, und auch die Patienten/innen.

Die gegenwärtigen Variationen der gehobenen Gesundheits- und Krankenpflegeausbildung bestehen einerseits aus einer dreijährigen Ausbildung an einer Gesundheits- und Krankenpflegeschule mit Diplomabschluss und andererseits aus einer sechssemestrigen Ausbildung an einer Fachhochschule mit Bachelorsabschluss. Gleichzeitig wird seitens der Politik, Dienst-

gebern und anderer Gruppierungen auch eine Lehrausbildung als dritte Möglichkeit gefordert. Diese Variante wird von der ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe als ungeeignet angesehen.

Eine Lehrausbildung muss aus folgenden Gründen abgelehnt werden, da das europäische Übereinkommen über die theoretische und praktische Ausbildung von diplomierten Pflegepersonen Bundesgesetzblatt 53/1973 gemäß Artikel 5 Absatz 2 ratifiziert am 9. 2. 1973 folgenden Passus enthält: „Im Allgemeinen sollen SchülerInnen mit Kranken und dem Krankenhausbetrieb nicht vor Erreichung eines Alters, das je nach dem Land zwischen 17 und 19 Jahren liegt, in Berührung kommen.“

Diesem Übereinkommen ging eine europaweite Diskussion über die psychische und physische Belastung in der Krankenpflege voraus und in der Folge wurde dieses Übereinkommen 1974 durch Verordnung die Anlage II zur Ausbildung der Krankenpflege, der MTF und SHD beschlossen.

Der Lehrberuf ist von Praxis dominiert

In diesem europäischen Übereinkommen (Bundesgesetzblatt 53/1973) wird auch die Mindeststundenanzahl für die Pflegeausbildung mit 4600 Stunden bestimmt. Diese Voraussetzung auf eine Lehrausbildung umgelegt bedeutet, dass 2300 Stunden Theorie erforderlich sind, da die Hälfte der Ausbildung theoretisch erfolgen muss. Bei Lehrausbildungen ist das Verhältnis 4:1, ein Fünftel Theorie und vier Fünftel Praxis. Da die Lehre von der Praxis dominiert wird, ist eine Lehrausbildung auch aus diesem Grund nicht möglich.

ÖGB/ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe:

„Die Ausbildung für den gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege muss grundsätzlich bei den Krankenpflegeschulen der Länder verbleiben und diese sind mit dem Bakkalaureat auszustatten. Die Umwandlung der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen in Fachhochschulen begründet sich durch die hohe Anzahl an benötigten diplomierten Gesundheits- und Krankenpflegepersonen, welche an den bestehenden Fachhochschulen nicht ausreichend ausgebildet werden können. Die Zugangsbestimmungen müssen neben Maturanten auch Personen ermöglicht werden, welche durch ein Maturaäquivalent ihre Eignung für diesen Beruf beweisen. Für Absolventen der geltenden Rechtsnorm muss ein Upgrading dh. eine verkürzte wissenschaftlich theoretische Ausbildung ermöglicht werden, um das Bakkalaureat zu erreichen.“

Auch die Gedanken von Mag. Horst Konrad, MSc zu einer modernen Berufsausbildung zum gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege zeigen wie vielfältig die Überlegungen zu Reformen in diesem Bereich sind (siehe Seiten 5 und 6). Auch wenn es viele verschiedene Modelle zu einer Novellierung gibt steht eines fest – es muss Veränderungen geben.

Johann Hable, stellv. Vorsitzender der ÖGB/ARGE-FGV:

„Ganz besonders muss es zu einer Aufwertung der Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege kommen. Der Pflegedirektor des LKH Kirchdorf Mag. Horst Konrad, MSc hat eine neue Perspektive für eine dringend notwendige Ausbildungsreform aufgezeigt. Erfreulich ist, dass zwei Schülerinnen des dritten Ausbildungsjahres zu dem Thema Stellung genommen haben. Es ist dringend

notwendig, dass wir junge Menschen für den gehobenen Dienst der Gesundheits- und Krankenpflege begeistern. Unsere Zukunft braucht kompetente, motivierte und wertschätzende BewerberInnen in den Gesundheits- und Sozialberufen.“ Auch Vorarlberg hat sich überlegt wie man den Mangel an gut ausgebildeten Pflegepersonen entgegenwirken kann (siehe Seite 6). Ob dieses Ausbildungsmodell in ein Schema passt oder nicht ist Landeshauptmann Sausgruber „wurscht“. Leider, so meine ich, nennen auch viele andere Verantwortliche diese Gefühlsregung ihr eigen. ■

Information

Fakten zum Vorarlberger Ausbildungsmodell

TeilnehmerInnen: 20 Dauer: 4 Jahre

Ausbildungsbeginn: September

Prüfungen:

- Lehrabschlussprüfung Betriebsdienstleistungskauffrau/mann
- Pflegehilfe

Theoriestunden:

- Betriebsdienstleistungskauffrau/mann 1.260 Std

- Pflegehilfe 800 Std

Gesamt (mit Pflegehilfe): 2.060 Std

Praxisstunden:

- Betriebsdienstleistungskauffrau/mann 4.140 Std

- Pflegehilfe 800 Std

Gesamt (mit Pflegehilfe): 4.940 Std

Praxisorte: aqua Mühle frastanz,

Sozialzentren, Behinderteneinrichtungen

Anstellungsträger: aqua mühle frastanz

Quelle: www.aqua-soziales.com

Eine moderne Berufsausbildung für den gehobenen Dienst in der Gesundheits- und Krankenpflege

Aus der Sicht eines Pflegedirektors



Mag. Horst Konrad, MSc
Pflegedirektor im
Landeskrankenhaus
Kirchdorf/Krems

Seit einigen Jahren entstehen im Gesundheits- und Sozialbereich immer neue Ausbildungen. Es wird viel darüber diskutiert, welche Qualifikationen und Ausbildungsinhalte wir in den einzelnen Bereichen benötigen. Es werden Hürden eingebaut, wodurch ein modulares Ausbildungssystem nicht mehr funktioniert. Ein gegenseitiges Anrechnen von Inhalten ist nicht mehr so leicht möglich. Jemand, der sich in einer „normalen Pflegeausbildung“ befindet, kann nach einem Jahr nicht in ein 2 in 1 Modell oder in eine Ausbildung der sozialen Betreuungsberufe wechseln oder umgekehrt. Auch inhaltlich wird z.B. Hygiene, Sanitätsrecht oder ähnliches nicht in einer anderen Ausbildung als absolviert angerechnet. Dabei wird vergessen, dass sich junge Leute in diesem Ausbildungsdschungel nicht mehr zurechtfinden; sie gehen dabei dem Gesundheits- und Sozialbereich oft ganz verloren. Denn in diesem Bereich fischen alle in dem Teich, in dem sozial ausgerichtete Jugendliche sich für die Pflege interessieren. Es gibt jährlich ca. 80.000 Jugendlichen in Österreich, die in das Erwerbsleben einsteigen. Im Jahr 2015 wird es wahrscheinlich nur mehr die Hälfte sein. Wenn ich zehn Prozent annehme, die in den Gesundheits- und Sozialbereich gehen, dann sind das 8.000 Jugendliche jetzt, aber 2015 nur mehr 4.000. Die realen Zahlen und Prozentsätze weiß ich nicht, aber der Rechenvorgang bleibt derselbe. Was brauchen wir aber wirklich, um den Ansprüchen der Zukunft gerecht zu werden und Jugendliche für unseren verantwortungsvollen Beruf zu begeistern?

Im Management heißt es charmant KISS. Keep it small and simple. Für mich heißt das, ein für Berufssuchende durchschaubares, modulares und durchlässiges Ausbildungssystem einzuführen. Für den gehobenen Dienst bedeutet das eine Grundausbildung mit der Möglichkeit einer späteren Spezialisierung für einzelne Bereiche bis hin zur Akademisierung. Vielleicht ist es einfacher anhand eines Beispiels eines siebzehn- bis achtzehnjährigen Jugendlichen zu erklären. Nennen wir den oder die Jugendliche René, denn dieser Name ist sowohl weiblich als auch männlich.

Ein Beispiel

René möchte in den Gesundheits- oder Sozialbereich, weiß aber noch nicht so genau, welches das geeignetere System sei. Und so macht René eine generalisierte Grundausbildung, könnte nach dem ersten Modul der Ausbildung als Pflegehilfe tätig sein und erst später oder sofort wieder in das nächste Modul einsteigen. Im zweiten Modul der Ausbildung beschäftigt sich René mit den Grundkenntnissen der akuten und chronischen Erkrankungen sowie mit den alters-, lebensstil- und behinderungsbedingten Einschränkungen. Nach diesem Modul schließt René mit einem Diplom ab und kann in allen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens als Pflegeperson für gehobenen Dienst arbeiten. Die Kompetenz könnte hier zum gegenwärtigen Diplom etwas eingeschränkt sein. So könnte der mitverantwortliche Bereich wegfallen oder reduziert werden und mehr auf Anordnung durch eine Bakkalaureatspflegeperson geschehen. Dies würde einem Gesundheits- und Krankenpflegediplom mit eingeschränkter Kompetenz entsprechen. Für das dritte Modul benötigt René entweder die Matura oder eine Berufserfahrung von mindestens zwei Jahren in einem Spezialbereich. →



Kurt Dietrich
Vorsitzender der ÖGB/
ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe
Landesvorstand
Vorarlberg

„ Einleitend möchte ich erwähnen, dass weder die Arbeitsgemeinschaft der Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe noch der Pflegefachausschuss der Arbeiterkammer Vorarlberg in die Ausarbeitung dieses Projektes (siehe Infobox auf Seite 5) miteinbezogen wurden. Im Ausbildungsmodell von Wirtschaftskammer, Land Vorarlberg und der Krankenpflegeschule Feldkirch sehe ich keinen positiven Einfluss für eine bessere Ausbildung im Bereich des Berufsbildes ‚Pflegehelfer/in‘. Sämtliche Ausbildungen im Bereich ‚Pflege‘ sollten weiterhin im Gesundheits- und Krankenpflegegesetz und nicht wie vorgeschlagen, über andere Schulgesetze geregelt werden.

Die zusätzliche Ausbildung „Betriebsdienstleiter/in“ mit eigenem Lehrabschluss stellt ebenfalls keine Verbesserung dar. Die notwendigen administrativen Tätigkeiten werden auch in der bisherigen Ausbildung ‚Pflegehelfer/in‘ in ausreichendem Maß erfüllt.

Die Tatsache, eine Pflegeausbildung bereits nach der 9. Schulstufe zu beginnen ist der falsche Ansatz, um die physischen und psychischen Belastungen in diesem Pflegeberuf verkraften zu können.

Ein modular aufgebauter Lehr- und Ausbildungsplan würde den zukünftigen Bedarf an qualifizierten Pflegekräften wesentlich verbessern. Als Vorsitzender der Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe in Vorarlberg liegt mir eine wohlüberlegte Reformierung der Ausbildung in den Pflegeberufen am Herzen und sollte deshalb nicht im Alleingang entschieden werden. Vermutlich liegen ganz andere Gründe für den Start dieses Projekt vor. Aber hier geht es um Rechte von Patienten, um Menschen im Pflegeberuf und nicht um Produkte der Industrie oder unüberlegte ‚Ho-Ruck-Aktionen‘.

→ In diesem Modul muss sich René schon spezialisieren und wissen, mit welchem Schwerpunkt der Arbeitsinhalt der nächsten Jahre gefüllt werden soll. Die Kompetenz ist hier eine größere. Der mitverantwortliche Bereich wird nicht nur übernommen, sondern Teile daraus verschieben sich schon in den eigenverantwortlichen Bereich. Möglichkeiten gibt es hier jetzt viele, durch die solide Grundausbildung ist René vielseitig einsetzbar. Lediglich das eigene Talent, die eigene Erfahrung oder die eigenen Fertigkeiten bestimmen über die nächsten Jahre, was nicht heißt, dass man zu einem späteren Zeitpunkt nicht auch noch andere Module absolvieren kann. Die Spezialgebiete können sein: Pflege im Akutkrankenhaus, in Langzeit- oder mobilen Einrichtungen, im Behindertenbereich, in der Kinder- und Jugendheilkunde, in psychiatrischen Einrichtungen, im OP-Bereich, bei Nierenersatztherapie, Anästhesiepflege, Intensiv- oder Krankenhaushygiene. Mit einem Bakkalaureat aus einem dieser Bereiche kann René nun dort arbeiten oder vielleicht später ein Bakkalaureat in anderen Bereichen absolvieren. Auch das System des Primary Nursing ist wie geschaffen dafür. Da René auch die Matura hat, kann er/sie im vierten Modul noch mit einem Masterabschluss punkten. Lehrerausbildung, Managementausbildung, Advanced Nursing Practice oder Pflegewissenschaft sind da die bevorzugten Gebiete. Hier kann René die Kompetenzen noch erweitern, kann in einem

noch größeren Gebiet eigenverantwortlich ohne Arznanordnung arbeiten und ist auch für die Diagnostik einsetzbar. Da könnten andere EU-Länder wegweisend sein, denn dort werden zum Beispiel kardiologische Ambulanzen von Pflegekräften geleitet oder Vorsorgeendoskopien selbstständig durchgeführt. Wenn René will, kann ein fünftes Modul noch angeschlossen werden und die Doktorwürde im vorher abgeschlossenen Masterbereich noch erreicht werden. René ist eine gut ausgebildete Pflegeperson und freut sich über die Module, die er/sie absolviert hat. Besonders toll findet sie, dass Prüfungen, die er/sie schon bei einer Ausbildung positiv abgeschlossen hat, in den anderen Modulen angerechnet werden. Die Dauer der Module insgesamt soll nicht länger sein als bisher. Erstes Modul 2 Semester, zweites Modul 3 Semester, drittes Modul 3 Semester, und viertes Modul 4 Semester. Wir bieten in Österreich zwar eine gute Ausbildung für Gesundheit und Soziales, doch durch die Auffächerung dieser zwei Systeme wurde es undurchschaubar und zu differenziert. Was wir brauchen ist wieder ein einfaches und durchschaubares System, mit dem wir den Nachwuchs begeistern können, einen Pflegeberuf zu ergreifen. Kompetenz und Entlohnung auf das Einsatzgebiet abgestimmt sind der Schlüssel zum Erfolg, damit unsere Pflegekräfte, Patienten und Klienten auch in Zukunft auf hochwertige Pflege zählen können. Nämlich Pflege in guten Händen. ■

Schülerinnen der Gesundheits- und Krankenpflegeschule Kirchdorf wurden um ihre Meinung zu diesem Artikel gefragt.

Barbara Lungenschmied: „Die Ausbildung nach Modulen anzuordnen finde ich gut. Es gibt einem selbst die Möglichkeit Art und Tempo zu bestimmen. Die Idee, mit einer zweijährigen Berufserfahrung das dritte Modul mit Bakkalaureatsabschluss absolvieren zu können, finde ich super. Besonders gut ist, dass die eigene Erfahrung das Berufsleben prägen kann und mir dieses Modulsystem die Möglichkeit bietet, selbst zu entscheiden in wie weit ich meinen Kompetenz- und Verantwortungsbereich erweitern möchte.“



Carmen Geisberger: „Ich finde drei Punkte positiv. Endlich gibt es für die Ausbildungen nur eine Anlaufstelle. Als Schulabgänger ist man zurzeit völlig überfordert an welche Stelle man sich wenden kann und für welchen Zweig man sich entscheiden soll. So kann man nach den ersten Erfahrungen entscheiden, welche Richtung eingeschlagen werden soll. Denn erst nach einigen Praktika merkt man für welche Sparte man sich geeignet fühlt. Das Beste ist, dass man positiv abgelegte Prüfungen nicht wieder absolvieren muss. Ich kann dem Vorschlag positives abgewinnen.“

Mehr Geld für Pflege endlich auf Schiene!



Foto: Nikolai Sorokin – Fotolia.com

Johann Hable

Die Einigung im Stabilitätspakt bringt mehr Geld für die Pflege. Der Bund schießt finanzielle Mittel zu.

genger Angehöriger, Verdoppelung der derzeitigen Ausbildungskapazitäten für Pflegeberufe und eine besser Bezahlung der Pflegekräfte.

Dank an Landeshauptmann Pühringer, derzeit Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz, und Bundesminister Hundstorfer für die rasche Lösung. ■

Seitens der Bundesvertretung Gesundheits- und Sozialberufe in der GÖD wird besonders begrüßt, dass in diesem Stabilitätspakt auch für die stationäre Pflege mehr Geld bereitgestellt wird. Im Anbetracht der rasant steigenden Anzahl der Pflegebedürftigen ist diese Lösung ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mit der finanziellen Lösung muss auch die personelle Seite des akuten Pflegekräftemangels verbessert werden. Als Erstmaßnahme wird die Finanzierung und Umsetzung von zusätzlichen 1000 Ausbildungsplätzen (österreichweit) für Pflegepersonal gefordert. Es ist nicht länger tragbar, dass unter den knappen Personalressourcen und der teilweise schlechten Bezahlung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weit über die Grenzen der Zumutbarkeit hinaus belastet werden. Die Folge sind Burnout – Erkrankungen und Berufsausstieg. Der Pflegeberuf muss für junge Menschen wieder attraktiv werden. Das Pflegepersonal braucht mehr Wertschätzung und Anerkennung. Gesundheitsminister Alois Stöger wird gebeten, eine österreichweite Imagekampagne für Pflegeberufe zu starten. Die Bundesvertretung freut sich über den Erfolg, da bis vor kurzem die Förderung stationärer Pflege kein Thema für die Bundesregierung war. Allerdings muss an einer bedarfsorientierten Pflege weiter gearbeitet werden.

Johann Hable fordert zusätzlich noch die Schaffung und Bezahlung von mehr Kurzzeitpflegebetten zur Entlastung pfe-

Johann Hable
stellvertretender
Bundesvorsitzender
der ÖGB/ARGE-FGV für
Gesundheits- und
Sozialberufe



„ Die Bundesleitung in der BV 9 – wurde neu gewählt.

Für die einstimmige Wiederwahl als Vorsitzender und das damit ausgesprochene Vertrauen möchte ich mich herzlich bedanken und versichere allen Beschäftigten in den Gesundheitsberufen weiterhin meinen vollen Einsatz.

Als Schwerpunkte der Bundesvertretungsarbeit sehe ich:

- Krankenhausreform ja, jedoch ersatzlose Schließungen von Krankenanstalten und Abteilungen kommen für die KollegInnen nicht in Frage.

- Mehr Personal

Die Träger sind aufgefordert, vorhandene Dienstposten sofort zu besetzen bzw. auf Grund der Stresssituation beim Pflegepersonal neue Dienstposten zu schaffen.

- Nachdienste beim Pflegepersonal müssen doppelt besetzt werden, sowohl in den Spitälern, als auch in den Alten und Pflegeheimen.

- Bessere Gehälter

Eine Anhebung der Gehälter in Gesundheits- und Sozialberufen ist überfällig

- Aufwertung der Ausbildung

- Die Funktionsperiode des Betriebsrates soll von 4 auf 5 Jahre verlängert werden.

- Ausbau der Weiterbildungsangebote

Der Gesundheitsbereich braucht die notwendigen finanziellen Mittel, damit die Qualität und die lückenlose Versorgung für die Bevölkerung aufrecht bleiben.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer und Gesundheitsminister Alois Stöger werden ersucht eine Imagekampagne für die Pflege- und Sozialberufe zu starten. Wir brauchen dringend mehr Bewerber für die Pflege- und Sozialberufe.

Information

Neuwahl der Bundesleitung in der Bundesvertretung 9 – Gesundheits- und Pflegeberufe in der GÖD:

VORSITZENDER:

Johann Hable

VORSITZENDE-STELLVERTRETER:

Karl Binder

Harald Schwarzbauer

WEITERE MITGLIEDER:

Karl Horvath – Burgenland

Heinz Kulovits – Burgenland

Arnold Auer – Kärnten

Karl Manfred Pichler – Kärnten

Eduard Böhm – Niederösterreich

Rudolf Grasl – Niederösterreich

Gertrud Huber – Niederösterreich

Josef Leitner – Niederösterreich

Peter Maschat – Niederösterreich

Margit Huber – Niederösterreich

Wolfgang Schrefl – Niederösterr.

Reinhard Madlmayr – Oberösterr.

Erich Linner – Oberösterreich

Christine Vierhauser – Salzburg

Alexander Stampfer – Salzburg

Manfred Lankmair – Steiermark

Manfred Wolf – Steiermark

Klaus Moran – Steiermark

Gerhard Hödl – Tirol

Eugen Waibel – Vorarlberg



Martha Fleschurz
stellvertretende
Bundesvorsitzende
der ÖGB/ARGE-FGV
für Gesundheits- und
Sozialberufe

Persönliche Assistenz zu fairen Bedingungen

Eva Scherz

Wer anderen hilft, hat auch selbst ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen und korrekte Bezahlung

Persönliche Assistenz gibt behinderten Menschen die Möglichkeit, ihr Leben nach ihren eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Sie umfasst alle Bereiche des täglichen Lebens, in denen Menschen wegen ihrer Behinderung Hilfe und Unterstützung benötigen, wie z.B. bei der Körperpflege, im Haushalt, bei der Mobilität und der Kommunikation. Vor allem in der Arbeitsassistenz konnten in den letzten Jahren Erfolge erzielt werden, indem Menschen mit Hilfe von AssistentInnen den Berufseinstieg besser schaffen.

Selbstbestimmung oder doch Gesetzesbruch?

Als AssistenznehmerInnen wählen Menschen mit Behinderung ihre AssistentInnen selbst aus. Sie leiten sie an und bestimmen Zeit, Ort und Art der Assistenzleistungen. Diese Selbstbestimmtheit der Menschen mit Behinderung ist der Gewerkschaft ein wichtiges Anliegen. Leider wird es auf der anderen Seite dazu benutzt, normale Arbeitsverträge zu umgehen und Angestelltenverhältnissen mit geregelten Bedingungen in freie Dienstverhältnisse und/oder Werkverträge abzuändern. Ist ein freier Dienstvertrag rechtlich möglich? Ein/e persönliche/r AssistentIn kann sich seine/ihre Zeit nicht frei einteilen, da ein Mensch mit Behinderung zu ganz bestimmten Tageszeiten Unterstützung braucht, z.B. am Weg zur Arbeit oder in der früh bei der Körperpflege. Wie soll es möglich sein eine Vertretung zu schicken? Ein Mensch mit Behinderung hat ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, wessen Unterstützung er haben möchte! Wie kann eine freie Ortswahl aussehen? Es geht doch darum, genau dort zu unterstützen wo man gebraucht wird, zB bei der Arbeit oder in der Schule? Noch krasser ist der Versuch, persönliche AssistentInnen als WerkvertragsnehmerInnen zu engagieren. Bei dieser Vertragsart wird der Erfolg geschuldet. Woran misst man den

Erfolg, wenn es darum geht Menschen zu unterstützen und zu begleiten? Persönliche Assistenz bedeutet Betreuung und Begleitung über einen längeren Zeitraum hinweg. Sowohl Vereine, die persönliche Assistenz vermitteln als auch AssistenznehmerInnen nutzen diese „Freiheit“ aus, um mit dem Argument der Selbstbestimmtheit Umgehungsverträge zu machen und um sich Kosten zu ersparen. Vor allem werden arbeitsrechtliche Bestimmungen umgangen und die Kosten der Steuer und Sozialversicherung auf die persönlichen AssistentInnen abgewälzt. Die Fördergeber lehnen sich zurück und unterstützen dieses Lohn- und Gehaltsdumping auch noch.

Der Fluch des Föderalismus

Die rechtlichen Grundlagen sind österreichweit sehr unterschiedlich. Während einige Bundesländer auf Qualität setzen und Mindeststandards in der Ausbildung festlegen, mögen es andere Bundesländer vor allem billig. Die Kollektivvertragspartner der BAGS haben auf die unterschiedlichen Anforderungen reagiert und eine Mindesteinstufung in den Kollektivvertrag in die Verwendungsgruppe 4 vorgegeben. Die tatsächliche Einstufung basiert aber auf der benötigten Ausbildung der Assistenz und richtet sich in erster Linie nach dem Betreuungsbedarf des Menschen mit Behinderung.

Was sich ändern muss

Die Gewerkschaft fordert eine gesetzliche, österreichweite Regelung für die persönliche Assistenz. Diese soll sich an den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung orientieren. Auf der anderen Seite ist es notwendig, dass die Beschäftigten in diesem Bereich in geregelten Arbeitsverhältnissen arbeiten, und ihre Bezahlung und Arbeitszeiten nach dem Kollektivvertrag erfolgt.

Wie die Politik treffsicher danebenzielt

Laut hört man im Zusammenhang mit den Finanzkrisen in Griechenland und Portugal die Forderung nach Einsparungen im Sozialsystem der Staaten. Nicht einmal leise hört man von den offiziellen Stellen der EU, die hier mitreden, die Forderung nach einer gerechteren Verteilung des Volksvermögens durch Vermögenssteuern. Obwohl dieses Geld dringend für unsere Sozialsysteme gebraucht wird.

Falsche Prioritäten. Das Sozialsystem kostet zu viel, es muss treffsicherer werden, meinen die Sozialstaatskritiker. Was aber meinen sie, wenn sie Treffsicherheit verlangen? Dass nur jeder vierte von denen, die es brauchen, eine Sozialleistung bekommen soll? Dass nur dem ganz Armen und dem Schwerstbehinderten Leistungen zustehen? Alle anderen sollen schauen, wie sie zurecht kommen? Wo zieht man die Grenze, wer treffsicher was bekommt?

Umverteilen. Der Sozialstaat ist dazu da, um das von der Gesellschaft erarbeitete Vermögen gerecht zu verteilen und durch seine Leistungen faire Chancen für alle zu schaffen, unabhängig davon, ob sie aus begütertem Hause kommen oder nicht. Der Sozialstaat soll die soziale Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten.

Gute Qualität. Dazu gehört, die bestmögliche Gesundheitsversorgung zu garantieren. Die hochwertige Ausbildung aller Beschäftigten im Gesundheitswesen ist eine Grundvoraussetzung dafür. Dasselbe gilt für die ArbeitnehmerInnen, die in Pflege und Betreuung im Einsatz sind. Beide Bereiche hängen eng zusammen und ergänzen einander. Deshalb ist die Durchlässigkeit der einzelnen Berufsgruppen aus diesen Bereichen untereinander wichtig. Darauf muss in den Ausbildungen verstärkt Rücksicht genommen werden.

Gefährlich. Was nicht passieren darf, das ist aus Kostengründen ein „Herunterqualifizieren“ in den Gesundheits- und Sozialbetreuungsberufen zu betreiben. Das ist für die Beschäftigten schlecht und auch nicht im Sinne der PatientInnen und KlientInnen. Vielmehr müssen vorhandene Ausbildungslücken geschlossen werden. An vorderster Stelle ist hier die 24-Stunden-Betreuung zu nennen, für die derzeit keine verpflichtende Ausbildung vorgeschrieben ist.

Mehr Einnahmen. Alle Systeme, auch das Sozial- und Gesundheitssystem, gilt es auf die Effizienz zu überprüfen. Angesichts der Alterung der Gesellschaft in Österreich und Europa führt an einer massiven Erhöhung der Gelder für den Ausbau der Pflege und Betreuung aber kein Weg vorbei. Und weil wir eine solidarische Finanzierung wollen, statt jedem Einzelnen im Alter bzw. bei Krankheit die vollen Kosten anzulasten, sind vermögensbezogene Steuern der richtige Weg.

Willibald Steinkellner
stellvertretender
Bundesvorsitzender
der ÖGB/ARGE-FGV
für Gesundheits- und
Sozialberufe



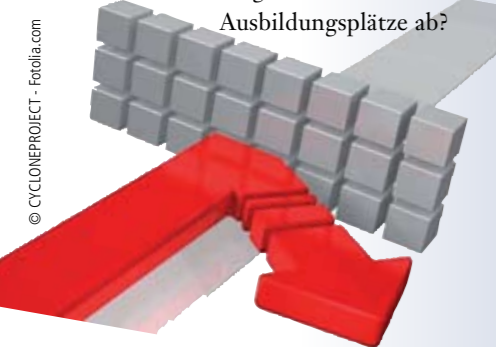
Die Grenzen im Kopf Die Reisefreiheit in Europa hat anscheinend nicht dazu beigetragen, Verständnis untereinander zu fördern, wenn wegen 20.000 Flüchtlingen aus Afrika überlegt wird, diese wieder einzuschränken. Auch die Vorurteile gedeihen weiter. Denn immer noch kommen alle Gauner aus den Ostländern, wird suggeriert. Ein Boulevardblatt hat kürzlich wieder von den Bewohnern des „Ostblocks“ gesprochen, obwohl seit dem Ende der kommunistischen Regimes schon viel Zeit vergangen ist. **Wissensaustausch.** Dabei trägt die Bewegungsfreiheit nicht nur zu unserer Lebensqualität bei. Sie ist auch für die Erweiterung des Wissens wertvoll. Nur dadurch ist es möglich, dass vida gemeinsam mit GewerkschafterInnen aus Polen, Tschechien und Deutschland laufend die Situation der Beschäftigten in den Gesundheitsberufen erhebt und vergleicht. Entwicklungen, die weniger erfreulich sind, können so leichter erkannt werden, viele Herausforderungen lassen sich zudem besser durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit lösen. **Rechtsberatung.** So gelang es, durch unsere Kontakte zu slowakischen GewerkschafterInnen eine Zusammenarbeit im Bereich der 24-Stunden-BetreuerInnen zu etablieren. Im Rahmen des EU-Projekts ZUWINBAT (www.zuwinbat.at) erhalten SlowakInnen nun jenseits und diesseits der Grenze Auskunft darüber, wie die Rechte und Pflichten bei einer derartigen Tätigkeit in Österreich sind. „Gute Jobs“ sind das, angesichts der überlangen Arbeitszeiten und der Tatsache, dass die Beschäftigten großteils als (Schein)Selbstständige arbeiten, nicht. Wir wollen aber, dass zumindest das Minimum an Regelungen, das es gibt, eingehalten wird.



Fotos: James Steidl – Fotolia.com

„ In Österreich haben wir laut vielen Studien und Umfragen viel zu wenig Pflege- und Betreuungspersonal. Wieso haben wir einen so großen Mangel in diesen Berufen, wo doch immerfort darüber diskutiert wird? Kann es dann wirklich sein, dass von über 800 BewerberInnen an einer österreichischen Krankenpflegeschule nur rund 160 als „geeignet“ bezeichnet werden können, um die nächste Runde des Auswahlverfahrens zu erreichen? Trotz des Personalmangels in diesem Bereich, weisen wir junge und motivierte Menschen wegen fehlender

Ausbildungsplätze ab?



Wir reden immer von Aufwertung der Gesundheitsberufe. In OÖ gibt es sogar eine FH für Gesundheitsberufe, in der jedoch keine DGKS/P ausgebildet werden. Warum wird in einer Fakultät mit diesem Namen der Grundberuf der Pflege nicht ausgebildet?!? In Österreich sind die Sozialbetreuungsberufe nach wie vor Landessache. Eine gleichwertige Ausbildung der BetreuerInnen hängt alleine von einzelnen Landespolitikern ab (15A-Vereinbarung). Andere Länder leben es uns bereits vor, denn sie haben diese Entscheidungen bereits dem Bund übertragen! Es soll nicht immer nur von der Wertschätzung dieser Berufsgruppen geredet werden, sondern es soll endlich damit angefangen werden!



Gesundheit fördert Arbeit

Alle sind sich einig: Arbeit darf nicht krank machen! Trotzdem sind Hunderttausende ArbeitnehmerInnen täglich gesundheitsgefährdenden oder stark belastenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) setzt im Gesundheitsjahr 2011 einen Schwerpunkt auf Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz.

Jedes Jahr ereignen sich Österreichweit rund 123.000 Arbeitsunfälle. Die beruflich bedingten Krankheiten werden nur zu einem Teil als Berufskrankheiten anerkannt. Zu viele ArbeitnehmerInnen müssen wegen Berufsunfähigkeit frühpensioniert werden. Rund ein Drittel der ArbeitnehmerInnen klagen über gesundheitliche Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz. Mehr als die Hälfte sieht die Ursache ihrer Erkrankungen in ihrem Arbeitsumfeld. Gesundheitsbewusstes Leben ist modern und für viele Menschen untrennbar mit ihren Vorstellungen von Lebensqualität verbunden. Das macht natürlich auch vor den Betriebstoren nicht halt. In den vergangenen Jahren setzten Unternehmen zunehmend Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF). Entscheidend ist entsprechende Information über Belastungen am Arbeitsplatz, deren

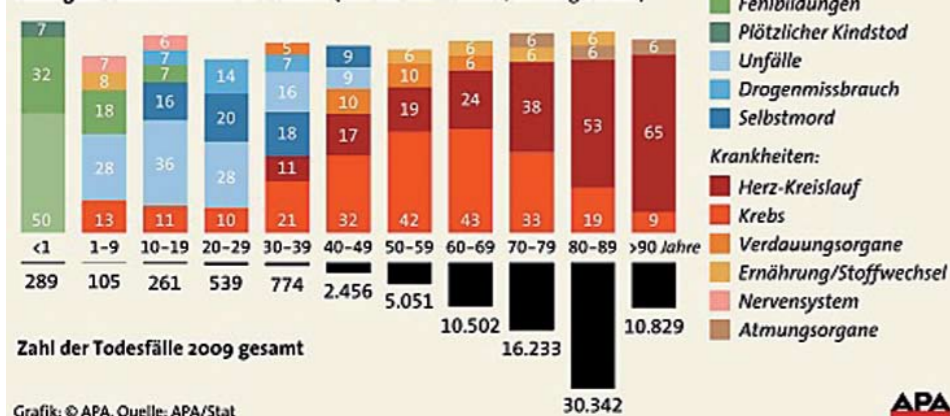
Behebung und vor allem über Maßnahmen, die zur Verhinderung neuer Belastungen gelegt werden. Die GdG-KMSfB hat deshalb im Jahr 2011 auf Wiener Landesebene die Initiative „Gesundheit 2011 mit deiner GdG-KMSfB“ gestartet. Zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen zum Thema Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsförderung und ArbeitnehmerInnenschutz finden laufend statt. Ziel ist eine Stärkung des Gesundheitsbewusstseins. Die Gefährdung der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen darf nicht länger als normaler Bestandteil des betrieblichen Geschehens angesehen werden. Damit Menschen lange gesund, motiviert und zufrieden in der Arbeitswelt bleiben können, muss dies entsprechend vorbereitet und unterstützt werden. Ein wesentliches Merkmal erfolgreicher BGF-Projekte stellt die aktive Beteiligung der MitarbeiterInnen sowie der Belegschaftsvertretung

am Projekt dar. MitarbeiterInnen bietet sich dabei die Möglichkeit, aus ihrer Erfahrung heraus Verbesserungspotenziale aufzuzeigen und Problemlösungen zu entwickeln. Die Fürsorgepflicht der Arbeitgeber ist gesetzlich verankert. Trotzdem ist es wichtig, auch selbst die Verantwortung für die eigene Gesundheit zu übernehmen. Ihre drei Säulen – Bewegung, Ernährung und seelisches Wohlbefinden – stellen das wertvollste Gut des Menschen dar. Denn wie schon Sebastian Kneipp gesagt hat: „Wer keine Zeit für seine Gesundheit hat, wird eines Tages Zeit haben müssen, krank zu sein“.

Mag.^a Sonia Spiess

Todesursachen in Österreich nach Alter

Häufigste Todesursachen in Prozent (Rest auf 100 – Andere, Zahlen gerundet)



Information

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB)
1090 Wien, Maria-Theresien-Straße 11

AnsprechpartnerInnen:
Alexander Kronabeter
Tel.-Nr.: 0664/614 53 19
alexander.kronabeter@gdg-kmsfb.at
Mag. Sonia Spiess
Tel.-Nr.: 0664/614 53 04
sonia.spie@gdg-kmsfb.at



Spitalsreform in Oberösterreich

Arbeitsbelastungen für die Beschäftigten werden steigen?

Branko Novakovic

Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den oberösterreichischen Spitälern haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Als wenn das nicht genug wäre, haben sich die politischen Parteien in Oberösterreich auf eine Strukturreform des Spitalswesens geeinigt, bei der in den nächsten zehn Jahren über 800 Betten gestrichen und einige Abteilungen zugesperrt werden sollen. Anstatt, sowie es sich für eine umfangreiche Reform gehört, auch auf andere Aspekte Rücksicht zu nehmen, wie z.B. den katastrophalen Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Spitalsbereich, beschränkt sich diese Reform rein auf eine Kostendämpfung. Die Beschäftigten aller Berufsgruppen in den OÖ Spitälern müssen sich auf neue Belastungen einstellen. Noch mehr Flexibilität wird abverlangt! Die Gewerkschaften vida und GdG stellten bei der Demonstration am 9. Juni lautstarke Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den oberösterreichischen Spitälern. Dadurch wird der Druck auf die verantwortlichen Politiker im Rahmen der Spitalsreform, endlich die Arbeitsbedingungen zu verbessern, immer größer. Aufgrund der Demo-Ankündigung fand am 31. Mai 2011 ein Gespräch der BetriebsrätInnen, der von der Spitalsreform betroffenen

Die Betriebsräte und Gewerkschafter lassen sich nicht von ihrem Weg abbringen. Die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialwesen sind das Thema in Oberösterreich und das vor, während und nach der Spitalsreform ... v.l.: Branko Novakovic, Sonja Reitingner, Reinhold Entholzer, Alfred Lindlbauer, Walter Wipplinger, Paula Ruckaseder und Markus Simböck



Krankenhäusern mit OÖ Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer statt. Die ARGE Fachgruppe für Gesundheits- und Sozialberufe wurde durch den Vorsitzenden Branko Novakovic vertreten. Nachdem die einzelnen BetriebsrätInnen ihre Bedenken über die Auswirkung der Reform in ihren eigenen Häusern geäußert hatten, wurden die Forderungen der Gewerkschaften dem Landeshauptmann in Form eines Briefes überreicht. Obwohl es seitens des Landeshauptmannes viel Verständnis für die Forderungen der Gewerkschaften gab, hat es nur in wenigen Punkten sofortige Zustimmung und Zusagen gegeben.

Die oberösterreichischen PolitikerInnen zeigen derzeit noch geringe Bereitschaft, sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialwesen zu bemühen. Die ARGE-FGV OÖ hat es inzwischen geschafft, auf anderen Seite die Arbeitsbedingungen bei den BetriebsrätInnen, den Gewerkschaften und in der Arbeiterkammer zum gemeinsamen Thema zu machen. Sie alle fordern jetzt sofortige Verbesserungsmaßnahmen. Seitens der regierenden ÖVP und Grünen aber auch von der SPÖ oder FPÖ ist derzeit noch wenig zu hören. Welche Partei als erste erkennen wird, dass es dringend notwendig ist, sich auch um diese Wähler zu kümmern, bleibt abzuwarten. Eines ist jedoch klar – die Uhr tickt!



Mehr als 1200 DemonstrantInnen haben der Oberösterreichischen Landesregierung einen Warnschuss vor den Bug gesetzt.



Silvia Franzelin
Vorsitzende der ARGE-FGV für Gesundheits- und Sozialberufe Landesvorstand Tirol

Österreich ist gut vorbereitet!

Kurt Dietrich

Die Landesfachgruppenvereinigung ÖGB-Gesundheitsberufe Vorarlberg spricht sich für einen sorgsamem Umgang mit dem österreichischen Arbeitsmarkt aus. Durch das Ende der Übergangsfrist für die 8 EU-Länder darf es am österreichischen Arbeitsmarkt und insbesondere in den Spitälern, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zu keinem Lohndumping bei Bewerbern aus den EU-Ländern kommen. Seit 1. Mai 2011 sind die Grenzbalken für ArbeitnehmerInnen aus Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen ohne Einschränkungen offen. Das heißt, dass ohne Beschäftigungserlaubnis ArbeitnehmerInnen aus diesen Ländern in Österreich arbeiten dürfen. Dies gilt noch nicht für RumänInnen und BulgariInnen. Für diese Gruppe bleiben die Einschränkungen bis zum Jahre 2014 aufrecht. In Österreich arbeiten derzeit bereits 88.000

Personen aus den neuen EU Staaten. Ein Teil davon auf Grund der Fachkräfteverordnung, die seit 2008 in Kraft ist. Viele Beschäftigte in Gesundheitsberufen sind schon derzeit in Österreichs Gesundheits- und Sozialeinrichtungen tätig.

Die Gewerkschaften haben vorgesorgt und haben mit der Öffnung des Arbeitsmarktes ein Anti-Lohn-Dumping Gesetz gefordert, das durch den Nationalrat beschlossen wurde. Krankenhäuser u. Sozialeinrichtungen müssen den gleichen Lohn bezahlen, der nach den verschiedenen dienst- u. besoldungsrechtlichen Verträgen für Österreicher bezahlt wird.

Als Landesvorsitzender ist es mir wichtig, dass das Einhalten der kollektivvertraglichen Bestimmungen vor Ort kontrolliert werden kann bzw. die Dienstgeber bei Missachtung mit Strafen belegt werden. ■

Keine Privatisierung der Spitäler!

Schöner Erfolg für Betriebsratsvorsitzende **Christine Vierhauser**. Die engagierte Gewerkschafterin hat bei den Zentralbetriebsratswahlen der Salzburger Landeskrankenhäuser und -Betriebe mit 6.000 MitarbeiterInnen einen großen Vertrauensvorschuss bekommen.



Eigenpersonal: Wir wollen auch im Bereich der Wirtschaftsbetriebe wie z. B. Reinigung, Küche usw. eigenes Personal und keine Leasingfirmen.

Keine Privatisierung! Stopp dem Ausverkauf der öffentlichen Einrichtungen. Das Land Salzburg muss seine Hausaufgaben machen und die Spitäler und die

Gesundheitsversorgung der SalzburgerInnen finanzieren, wobei Qualität und ausreichende Versorgung als Schwerpunkte neben genügend Personal zu sehen sind.

Fort- und Weiterbildung: Teile der Führungsebene müssen in der Mitarbeiterverantwortlichkeit auf einen humaneren und wertschätzenden Kurs gebracht werden. Fortbildung ist auch für die Führungsebene, insbesondere zur Berücksichtigung der Humanressourcen notwendig. ■

Als wichtigste Arbeit nennt Vierhauser die **Zusammenarbeit** mit allen Fraktionen im Interesse der vertretenen KollegInnen.

Die Pflege ist im Umbruch. Unsere Gestaltungskraft ist gefordert. Wir wollen dass die traditionelle Ausbildung in der Gesundheits- und Krankenpflege weiter aufrecht bleibt. Auch sollte die Ausbildung in der Fachhochschule angeboten werden.

Gesundheitsreformen ja, aber kein Personalabbau und keine ersatzlosen Schließungen von Krankenhäusern.

Wiedererneuerbare Energie Energiesparen darf kein Privileg der Wohlhabenden sein.

Als Vorsitzende der Landesfachgruppenvereinigung Tirol trete ich vehement für einen sparsamen Umgang mit Energien ein und stelle fest: Energiesparen braucht die Unterstützung durch die öffentliche Hand und darf kein Privileg der Wohlhabenden sein. Die große Herausforderung ist ein Umbau der Energiewirtschaft, die Nutzung der Wasserkraft und der Windkraft, sowie erneuerbarer Energien. Hier ist noch viel zu tun. Die breite Basis sollte verstärkt die Möglichkeit bekommen, auf erneuerbare Energien umzusteigen.



Das Ergebnis einer Studie des Institutes für höhere Studien (IHS) ergab, dass es erhebliche Sparpotentiale, auch in den privaten Haushalten (wie Hausbrand, Wärmedämmung), und auf dem Verkehrssektor gibt.

Neue Autosteuern sind nicht notwendig. Die Stromfahrzeuge von Abgaben zu entlasten ist eine notwendige Antwort der Politik zur Verwendung von wiedererneuerbaren Energieformen. Als Fachgruppenvorsitzende trete ich dafür ein, dass fossile Energieträger schrittweise abgebaut werden und durch wiedererneuerbaren Energieträger ersetzt werden. ■

Wir sind komplett!

Das südlichste Bundesland – Kärnten – hat nun den Reigen der Fachgruppenneugründungen geschlossen.

Johann Hable



Vor kurzem fand im Klinikum Klagenfurt die Neugründung der ARGE-Landesfachgruppe Kärnten statt.

Der Vorsitzende des Zentralbetriebsrates Arnold Auer und der Bundesvertretungsvorsitzende Karl Binder haben unter zahlreicher Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen die Wichtigkeit der Neugründung der Landesfachgruppe Kärnten unterstrichen. Beide Führungspersonlichkeiten haben der Landesfachgruppe ihre bestmögliche Unterstützung zugesichert.

Der Vorsitzende der Bundesvertretung Landesanstalten und Betriebe in der GÖD – Johann Hable – ist in seinen Ausführungen besonders auf den schier unerträglichen Sparkurs im Rahmen der Gesundheits- und Verwaltungsreform eingegangen. Hable fordert von der Politik Ehrlichkeit und Geradlinigkeit gegenüber der Bevölkerung. Wenn bei Gesundheitsreformen weniger

Geld zur Verfügung steht bzw. das Beste gerade gut genug ist, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger wieder zu erlangen, nicht mehr finanziert werden kann, so muss dies die Politik verantworten und der Bevölkerung mitteilen. Keinesfalls, so Hable, kann die Leistungseinsparung auf dem Rücken des Personals ausgetragen werden. Wenn Geldleistungen zurückgenommen werden, müssen auch die Leistungen zurückgenommen werden.

Das Personal ist nicht in der Lage, auf der einen Seite Einsparungen und Personalabbau hinzunehmen und auf der anderen Seite die vollen Leistungsvorstellungen zu erfüllen. Hable warnt vor einer Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der österreichischen Bevölkerung. Abschließend gratuliert Vorsitzender Hable dem neuen Landesvorsitzenden Dipl. Krankenpfleger Wolfgang Thalner und wünscht

viel Schaffenskraft, Gesundheit und Gottes Segen für seine neue Aufgabe. Gemeinsam werden wir für unsere Kolleginnen und Kollegen weiterarbeiten und Erfolge erzielen. Der neu gewählte Vorsitzende Wolfgang Thalner setzt mit seinem Team Schwerpunkte der künftigen Arbeit:

- Weitere Einsparungen im Gesundheitsbereich zu verhindern.
 - Gesundheitsversorgung der Kärntnerinnen und Kärntner sichern.
 - Fortbildungen für das gesamte Personal und Interdisziplinäre Zusammenarbeit aller im Gesundheitsbereich tätigen Berufsgruppen neu beleben.
- Thalner: „Intra- und extramural: Die Interessen der Kärntner Gesundheitsberufe brauchen eine Stimme.“ ■



Information Mitglieder der ARGE-Fachgruppenvereinigung für Gesundheits- und Sozialberufe in Kärnten

Wolfgang Thalner – Landesbeirat – Vorsitzender – GÖD
Amalia Grabner – LB – Vorsitzende-Stv. – vida
Valid Hanuna – LB – Vorsitzender-Stv. – GPA-djp
Manfred Wurzer – LB – Vorsitzender-Stv. – GdG-KMSfB
David Redecy – Landesvorstand – GÖD
Christina Kulle – Landesvorstand – Schriftführerin – GÖD
Ronald Rabitsch – Landesvorstand – GÖD
Marlene Krammer – Landesvorstand – GÖD
Charlotte Husa – Landesvorstand – GÖD
Waltraud Rohrer – Landesvorstand – GÖD
Karl Binder – Landesvorstand – GÖD
Inge Schirner – Landesvorstand – GÖD

Peter Regenfelder – Landesvorstand – GÖD
Bernd Presslauer – Landesvorstand – GÖD
Isabella Sonnleitner – Landesvorstand – GÖD
Günther Kanduth – Landesvorstand – GPA-djp
Irene Kopeinig – Landesvorstand – GPA-djp
Alexander Berencic – Landesvorstand – GdG-KMSfB
Bernhard Reindl – Landesvorstand – vida
Jürgen Pfeiler – Gewerkschaftsvertreter – Kassier – GÖD
Silvia Igumnov – Gewerkschaftsvertreter – GPA-djp
Andrea Schatzl – Gewerkschaftsvertreter – GdG-KMSfB
Jürgen Binter – Gewerkschaftsvertreter – vida

„Weltmeisterschule“ läuft für die Gesundheit: Mit Ausdauer und Sportsgeist

Mag.^a Birgit Wawschinek-Teuding



oben: Der Weg ist das Ziel: Neumayr, Irlbeck-Koller (re)
rechts: Fiebern dem Start entgegen: Kiovs, Krüger, Joch
und Mohamed (v.l.n.r.)

Erstmals beteiligte sich heuer die Gesundheits- und Krankenpflegeschule am Wilhelminenspital im Rahmen eines Staffellaufs am Vienna City Marathon. Insgesamt starteten 20 Personen in fünf Teams, zusammengestellt aus den Reihen der Gesundheits- und KrankenpflegeschülerInnen sowie der LehrerInnen. Jedes Team stellte sich der Herausforderung, zwischen 5,7 und 16,1 km unter Wettkampfbedingungen zu bewältigen. Organisiert von Yvonne Irlbeck-Koller, einer Schülerin, bewiesen alle LäuferInnen Ausdauer und Sportsgeist.

„Ich gratuliere allen Lehrerinnen, Schülerinnen und Schülern zu diesem gemeinsamen sportlichen Erfolg und bedanke mich bei der Initiatorin und allen Lehrerinnen für die reibungslose Organisation. Dank eines erfolgreichen Motivationsaufufes und ehrgeizigen Trainings brillierten alle Teilnehmer durch Kondition und Ausdauer“, freute sich Direktorin Erna Braunsdorfer. Dank des Sponsorings von Seiten der Personalvertretung des Hauses und der GdG-Hauptgruppe II sowie ausgestattet mit gelben T-Shirts und Pulsuhren der Schule, bot die Gruppe ein buntes Bild.



Fotos: Wawschinek-Teuding

GRATIS-Abo*

- für Mitglieder der Gewerkschaften
- GdG-KMSfB • GÖD
 - GPA-djp • vida

Senden Sie uns Ihre Kontaktdaten mit Namen, Anschrift und Gewerkschaftszugehörigkeit per Mail an:
karl.pretebner@gdg-kmsfb.at

*Das GRATIS-Abo ist gültig für 1 Jahr (4 Ausgaben)



Abbau gesundheitlicher Ungleichheit in der EU

Dr. Sabine Stadler

Die Europäische Kommission ließ forschen und die Resultate wurden nun veröffentlicht. Gründe, die die Ungleichheit provozieren, sind:

- Lebens und Arbeitsbedingungen
- Gesundheitsverhalten
- Psychosoziale Faktoren
- Soziale Positionen in der Vergangenheit.

Negative Wirtschaft und Finanzkrisen wirken besonders schlecht auf die Gesundheit, weil Stress und Rauchen zunehmen. Die EU – Gesundheitsstrategie zielt auf eine Chancengleichheit in den Bereichen Drogen, Alkohol, Fettleibigkeit und Jugendliche. Daher finanziert die EU Aktionsnetze, lokale Initiativen, Überprüfung durch Sachverständige, Konferenzen und politische Innovationen im Bereich Gesundheitspolitik.

Büchertipps



Andreas Drinkuth
Eine soziale Elite – die Betriebsräte
160 S.; facultas Verlag; € 16,90
ISBN 978-3-89472-230-2

In diesem Buch werden 20 Betriebsräte aus verschiedenen Branchen vorgestellt, Frauen und Männer mit sehr unterschiedlichen Lebensläufen und Berufen. Keinem wurde das Amt des Betriebsrates in die Wiege gelegt. Dennoch ist es nicht ganz zufällig, dass gerade sie von ihren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben gewählt wurden. Darf man nun bei Betriebsräten von einer sozialen Elite sprechen – die aus historischen Gründen bei uns diskreditiert ist? Ja, denn eine Gesellschaft braucht Führungspersönlichkeiten, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen und sich von einem klaren und lebensfreundlichen Wertesystem leiten lassen.

Portraits über Eberhard Schick (SAP), Ulrike Schramm de Robertis (Lidl), Katja Ruster (H&M), Mona Frias-Rodriguez (Schlecker), Peter Schulze (Grohe), Klaus Franz (Opel) u.v.m.



V. Kozon, N. Fortner
Wundmanagement und Pflegeentwicklungen
315 S.; ÖGVP Verlag; € 29,90
ISBN 978-3-9502178-3-4

Im Wundmanagement ist insbesondere in den letzten Jahren eine schnelle professionelle Entwicklung zu beobachten. Diese ist nicht nur durch die Fortschritte in der Medizin und in der Pharmakologie gekennzeichnet, sondern die Pflege ist hier in ihrer professionellen praxisorientierten Entwicklung ausschlaggebend. Pflege von Menschen mit chronischen Wunden ist die Thematik, die auch in diesem Buch in Zentrum steht. Diesem Buch sind folgenden Themen gewidmet: Wundmanagement und professionelle Pflegeberatung, Behandlung chronischer Wunden, Entwicklung der Wunddokumentation, moderne Wundauflagen, Behandlung von Lymphfisteln, Skill- und Grademix in der Pflege, phasengerechte Versorgung chronischer Wunden, hygienische Grundlagen der Wundversorgung, Aggression und Gewalt von PatientInnen, Professionalität in der häuslichen Pflege und andere hochaktuelle Themen.

Diese und weitere interessanten Bücher finden Sie und sind zu bestellen unter:

www.fgv.at



Termine



Tag der offenen Tür im SMZ-Ost

Freitag, 9. September 2011 von 10 bis 17 Uhr
Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege am Sozialmedizinischen Zentrum Ost – der Stadt Wien 22, Langobardenstraße 122 U2 (Ausgang Kapellenweg) oder U1 und Linie 26
Info: Tel.: 01 - 28802/5307 oder 5308
E-Mail: dsp.kps@wienkav.at
www.wienkav.at/kav/ausbildung/allgemein/smzo

BOYS DAY – Aktionstag für junge Männer

Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz veranstaltet am Donnerstag, 10. November 2011 zum vierten Mal einen Österreich weiten BOYS' DAY, der Buben und männliche Jugendliche unterstützen soll, ein breiteres Feld an Berufen kennen zu lernen. Dazu gehören u. a. Tätigkeiten in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, Krankenhäusern, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen. Informationen unter www.boysday.at

Tag der offenen Tür am Wilhelminenspital

Samstag, 19. November 2011 von 10 bis 15 Uhr
Schule für allgemeine Gesundheits- und Krankenpflege am Wilhelminenspital der Stadt Wien, 1160 Wien, Montlearstraße 37.
Info: Tel.: 01 - 49150/5008
E-Mail: wil.kps@wienkav.at
www.wienkav.at/kav/ausbildung/allgemein/wil/

Information

Aktuelle Themen, Termine und Informationen auf www.fgv.at



Besuchen Sie uns unter www.fgv.at

PUPPENHAUSEMUSEUM bei St. Thomas am Blasenstein

Über 800 Puppen, Teddybären, Puppenhäuser, Puppenstuben, Puppenküchen und Kaufmannsläden aus vergangenen Zeiten freuen sich auf Ihren Besuch! Zu Bewundern sind auch moderne 1:12 Puppenhäuser. So zum Beispiel eine Schule von Frau Angelika Mannersdorfer und ab Mitte August wird der Dachboden eröffnet, wo dann auch ein Krankenhaus von Frau Angelika Spring zu sehen ist. Es erwartet Sie eine liebevolle und detailreiche permanente Ausstellung, welche Ihnen einen Einblick in die Geschichte der Spielzeuge der vergangenen Jahrhunderte gibt.

Die Ausstellungsfläche umfasst rund 450m² und befindet sich in einer ehemaligen Schule mitten am Dorfplatz!

Im Museumsshop finden Sie seltene und auch neue 1:12 Miniaturen sowie alles was das Sammlerherz begehrt.

Puppenhausmuseum, 4364 St. Thomas am Blasenstein, Marktplatz
Telefon 07265 - 55825; www.puppenhausmuseum.at



www.volkshilfe.at

volkshilfe.
solidarität leben



PSK 90.175.000 BLZ 60000

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Spendenerlagscheine in allen Filialen von Bank Austria, BAWAG PSK und Post AG.



ORF

Bank Austria
Member of UniCredit

MADONNA

Mobile

BB

ul Bank Media

VIG
GENERALI
VIENNA INSURANCE GROUP

EXKLUSIV FÜR Auszubildende der GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGE.

Nutzen Sie das kostenlose Konto für die Dauer Ihrer Ausbildung.*

- ▶ gratis Kontoführung* inklusive Buchungen
- ▶ gratis Maestro Bankomatkarte
- ▶ inklusive eBanking per Internet und Telefon und attraktiven Zinsen

**JETZT
ZUGREIFEN!**



Nähere Informationen erhalten Sie
bei Ihrem Mobilien Berater
Andreas Riffnaler
Telefon 0676 / 8998 810 34
andreas.riffnaler@bawagpsk.com

www.betriebservice.at

**BAWAG
PSK
Betriebsservice**

*) Auszubildende der Gesundheits- und Krankenpflege erhalten für die Dauer Ihrer Ausbildung exklusiv die Konditionen des BAWAG P.S.K. Studentenkontos. Voraussetzung für die gratis Kontoführung beim Studentenkonto ist ein positiver Kontostand, bei Inanspruchnahme der Einkaufsreserve wird neben den Zinsen ein Kontoführungsentgelt von € 3,28/Quartal verrechnet. Stand: 7.3.2011; Änderungen vorbehalten. Gilt nicht in Verbindung mit anderen Aktionen.

BETRIEBSSERVICE